

Alexander Neupert-Doppler*

Green Deal als »Ende der freien Gesellschaft«? Zur dystopischen Gegenmobilisierung der AfD

Zusammenfassung: Gegen das Projekt eines (Europäischen) Green Deal beschwört die populistische Rechte die Dystopie einer drohenden Öko-Diktatur. Welche Rolle spielt diese dystopische Denkfigur im politischen Diskurs? Für wen ist dieses Zukunftsbild glaubwürdig? Wie lässt sich die darin ausgedrückte Zukunftsangst kritisieren? Der Beitrag behandelt diese Fragen aus ideologiekritischer, utopietheoretischer und diskursanalytischer Perspektive.

Schlagwörter: Ökodiktatur, AfD, Green Deal, Dystopie

Green Deal as the »end of free society«? On the dystopian counter-mobilization of the AfD

Abstract: Against the project of a (European) Green Deal, the populist right invokes the dystopia of an impending eco-dictatorship. What role does this dystopian figure of thought play in political discourse? For whom is this vision of the future credible? How can criticism of such a fear of the future begin? The contribution approaches these questions from ideology-critical, utopia-theoretical and discourse-analytical perspectives.

Keywords: Eco-dictatorship, AfD, Green Deal, dystopia

Am 13. Dezember 2019 warnte AfD-Vorstandsmitglied Sylvia Limmer vor den Gefahren eines Green Deal: »Das ist der größte und schwerwiegendste Angriff auf die freie Gesellschaft in Europa seit dem Fall der Berliner Mauer, natürlich unter dem Deckmantel des Krieges gegen den Klimawandel«. ¹ Sie arbeitet dabei einerseits mit dem Bild einer unvorhersagbaren Zukunft –

* Alexander Neupert-Doppler ist Philosoph und Politologe.

1 »Der ›Green Deal‹ ist ein massiver Angriff auf die freie Gesellschaft!« (13.12.2019), <https://www.afd.de>.

»Die Folgen für die Wirtschaft sind nicht absehbar« (ebd.) –, andererseits mit einer dystopisch anmutenden Prognose: »Wenn wir als Bürger nicht geschlossen dagegen vorgehen, wird dies das Ende der freien Gesellschaft sein, wie wir sie kennen« (ebd.). Im Folgenden wird gezeigt, inwiefern ein solcher Jargon typisch ist für die Positionierung der AfD zu Debatten um einen Green (New) Deal.

Um verstehen zu können, warum gerade negative Zukunftsbilder heraufbeschworen werden, wird erstens auf die These des Wissenssoziologen Karl Mannheim zurückgegriffen, wonach die politische Rechte oft eine »Gegenutopie« (Mannheim 1929: 199) entwirft. Seine Forschungsergebnisse aus den 1920er Jahren sind für die 2020er Jahre insofern anzupassen, als es heute vor allem um eine Gegendystopie geht. Gegen die konkrete Dystopie des Klimawandels setzt die AfD auf die Dystopie Ökodiktatur. Ausgehend von diesem utopietheoretisch-ideologiekritischen Theoriehintergrund (1. Abschnitt) wird anschließend am empirischen Material aufgezeigt, wie AfD-Politiker*innen sich mit dem Ausmalen von Bedrohungsszenarien um eine Politisierung von Zukunft bemühen.

An konkreten Beispielen kann gezeigt werden, dass hierbei eine dreifache Temporalität bedeutsam ist (2. Abschnitt). Gegen eine vermeintlich bedrohliche Zukunft, verkörpert durch einen Green Deal, wird dazu aufgerufen, eine idealisierte Vergangenheit zu verteidigen – schließlich drohe »das Ende der freien Gesellschaft, wie wir sie kennen«. Um einen Mobilisierungseffekt auslösen zu können, muss aber die Gegenwart als die dafür entscheidende Zeit politisiert werden. Das Hier und Jetzt wird als die letzte günstige Gelegenheit beschworen, als ein Kairós der Klimaskeptiker, um einen Green Deal noch abzuwenden.

Abschließend wird (im 3. Abschnitt) die Rhetorik, Ideologie- und Dystopieproduktion aus dem klimawandelskeptischen Umfeld der AfD politisch und gesellschaftstheoretisch eingeordnet. Schon der kritische Theoretiker Max Horkheimer bemerkte dazu: »Ideologie und Utopie wollen als Haltungen gesellschaftlicher Gruppen aus der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit begriffen sein« (Horkheimer 1930: 9). Was für eine Ideologie verbreitet die AfD mit ihren Warnungen vor einer Green-Deal-Ökodiktatur? An welche Haltungen welcher gesellschaftlichen Gruppen kann sie damit anknüpfen? Wie stellt sich der Zusammenhang zwischen ökologischen und anti-ökologischen Denkfiguren und der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit dar?

1. Von der Gegenutopie zur Gegendystopie

Die AfD ist, trotz des ungebrochenen Einflusses ihres völkischen Flügels, (noch) keine nationalsozialistische Partei. Sicherlich verwenden Björn Höcke und andere Exponent*innen dieser Richtung den Begriff der Volksge-

meinschaft, und der »Volksgemeinschaftsgedanke« gehört, wie der Politologe Rainer Rotermundt (1980: 11) nachwies, zu den »Zukunftsvorstellungen, die sich im Nationalsozialismus manifestierten«. Volksgemeinschaft war laut Rotermundt eine verkehrte Utopie, da sie »weder – wie die ›Utopie‹ der Konservativen – zum wilhelminischen Reich zurück wollte, noch – wie die Utopie der Kommunisten – eine Zukunft anbot« (ebd.: 19). Sie behauptete eine ewige völkische Essenz. Dieses völkische Denken ist in der AfD vorhanden, aber für ihre Klimapolitik nicht entscheidend.

Völkische Ökologie findet sich eher in der seit 2020 erscheinenden Zeitschrift *Die Kehre*, die ihren Namen den Arbeiten von Martin Heidegger entlehnt. Aber auch hier findet sich keine Klimapolitik von rechts. Dem eigenen Konzept nach möchte die Zeitschrift vielmehr einen Beitrag dazu leisten, »der aktuell stattfindenden Verengung der Ökologie auf den ›Klimaschutz‹ Einhalt zu gebieten und den Blick dafür zu weiten, worin ihre ursprüngliche Bedeutung liegt: daß sie eine Lehre von der gesamten Umwelt ist, die Kulturlandschaften, Riten und Brauchtum [...] einschließt.«² Anders als Naturschutz, der als Heimatschutz verstanden wird, ist Klimaschutz ein globales Problem, das nur inter- und transnational gelöst werden könnte. Dementsprechend erklärt auch Alexander Gauland, der Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, im Interview mit der »Kehre«, Klimaschutz sei links und Umweltschutz konservativ.³

So es beim Green Deal aber wesentlich um Weichenstellungen zur Klimapolitik geht, dominiert in der AfD kein völkisch-ökologischer Gegenpol, sondern schlichte Ablehnung. Diese wäre freilich zu schwach gegenüber dem Stellenwert, den das Thema in der Politik derzeit einnimmt. Daher ist, wie Karl Mannheim in den 1920er Jahren nachwies, eine konservative Gegenutopie nötig. Warum bezeichnet Mannheim die konservative Utopie, anders als Rotermundt, der die »Utopie« der Konservativen lediglich in kritische Anführungsstriche setzt, als Gegenutopie?

»Das konservative Bewußtsein hat an und für sich keine Utopie, ist es doch im Idealfalle seiner Struktur nach völlig in Deckung mit der jeweils von ihm beherrschten Wirklichkeit. [...] Nur die Gegenbewegung oppositioneller Schichten und ihre Sprengungstendenz des Bestehenden macht gleichsam von außen her für das konservative Bewusstsein die eigene Seinsbeherrschung problematisch und erzwingt geschichtsphilosophische Reflexionen über sich selbst und eine zur Selbstorientierung und zur Abwehr zugleich geschaffene Gegenutopie.« (Mannheim 1929: 199)

2 »Konzept«, <https://die-kehre.de/>.

3 »Nachhaltigkeit als konservatives Prinzip« (12.8.2020), <https://die-kehre.de>.

1929, angesichts der Bedrohung durch die Freiheitsutopien des Liberalismus und die Gerechtigkeitsutopien des Sozialismus, bedeutete dies die »Gemeinschaft des Volkes« (ebd.: 202) als Gegen Tendenz zu entwerfen und nicht zuletzt »durch den Irrationalismus alles überhaupt Daseiende zu rechtfertigen« (ebd.: 203).

Wie entwirft nun die AfD heute ihre Gegendystopie zu einem (europäischen) Green Deal? Als Gegenbewegung oppositioneller Gruppen, die das Bestehende bedrohen, betrachten heutige Konservative solche Bewegungen wie die seit 2018 populären Fridays for Future. Diesen wird nicht nur von der AfD vorgeworfen, sie würden mit dystopischen Angstbildern Politik machen wollen. So schreibt Ariane Bremmer im Berliner *Tagesspiegel* zum letzten Klimastreik am 24. September 2020:

»Die Massen, die sie zuvor mobilisiert haben, kamen dabei nicht zusammen. Aber an ihrem Anliegen und den dystopischen Botschaften hat sich nichts geändert. Keine Zukunft mehr, das ist das Mantra von »FFF«: Wenn sich nicht superschnell etwas ändert an der Art, in der die Menschheit auf den Klimawandel reagiert, ist es zu spät. Dann steigen Meeresspiegel, verdorren Böden, kippt der Golfstrom, wird alles anders, werden Menschen, die jetzt schon auf der Welt sind, keine Zukunft mehr auf ihr haben.«⁴

Dem Vorwurf, mit dystopischen Bildern der Heißzeit Politik machen zu wollen, kann entgegengehalten werden, dass es sich – frei nach Ernst Blochs konkreter Utopie – um eine konkrete Dystopie handelt (vgl. Demirović 2019). Klimawandel als konkrete Dystopie wird aber nicht nur als politische Dystopie bei Demonstrationen und als prognostische Dystopie in den Natur- und Sozialwissenschaften thematisiert, sondern auch als literarische Dystopie in zeitgenössischen Romanen. *Heißzeit* von Andreas Speich (2015), *Die Geschichte des Wassers* von Maja Lunde (2019) und *42 Grad* von Wolf Harlander (2020) seien hier nur als Beispiele dafür genannt, wie die Heißzeit zur konkreten Dystopie unserer Zeit wird.

Um zu verhindern, dass die dystopische Einsicht auch utopische Absichten hervorbringt, etwa bezüglich der Utopien eines Ökosozialismus (vgl. Löwy 2016; Stache 2017; Baer 2018; Kern 2019; Zelik 2020), beginnt im Umfeld der AfD schon gegen die Debatte um einen Green New Deal eine heftige dystopische Gegenmobilisierung: Nicht die Klimaerhitzung und die Heißzeit seien die Dystopie der Stunde, sondern die drohende Einführung einer Ökodikta-

4 »Die Angst um die Zukunft ist die Angst ihrer Generation« (25.9.2020), <https://www.tagesspiegel.de>.

tur. Es wird zu zeigen sein, dass sich die Dystopien und Utopien eines politischen Lagers spiegelbildlich verhalten. Entspringt bei Fridays for Future aus den dystopischen Zukunftsbildern der Klimaerhitzung bereits zum Teil ein gesteigertes Interesse an einer utopischen Postwachstumsgesellschaft, so soll die Gleichsetzung von Klimapolitik mit einer dystopischen Ökodiktatur dazu beitragen, die »imperiale Lebensweise« (Brand/Wissen 2017) zu verteidigen. Hierin liegt laut Raul Zelik das Anziehende dieser rechten Gegen-»Utopie« im 21. Jahrhundert: »Die Attraktivität der extremen Rechten speist sich daraus, dass sie das Versprechen verkünden, es könne weitergehen wie bisher, während Linke über ein Szenario sprechen, vor dem man am liebsten eskapistisch die Augen verschließen möchte« (Zelik 2020: 176).

Freilich ist die »Utopie«, es könne weitergehen wie bisher, so würde Bloch sagen, abstrakte Utopie. Sie verweist nicht auf Mögliches, sondern auf Unmögliches. Mannheim nennt Denkweisen, »ideologisch, wenn sie der Absicht dienen, die bestehende soziale Wirklichkeit zu verklären oder zu stabilisieren« (Mannheim 1935: 115f.). Insofern ist die Warnung vor der Ökodiktatur als eine ideologische Gegen-Dystopie zu verstehen. Wie funktioniert nun diese ideologische Anti-Green-Deal-Politik der AfD und welche Rolle spielt hierbei die Gegendystopie der Ökodiktatur?

2. Green (New) Deal als Ökodiktatur?

»Nicht die ›Theorie‹ [...], wohl aber ihre Energie ist ernst« (Bloch 1935: 65), so schrieb Ernst Bloch einst über den Irrationalismus der Völkischen. Und er hatte recht: So objektiv haltlos gewisse Zukunftsentwürfe oder Zukunftsbefürchtungen auch sein mögen, so ist damit über ihre Qualität als subjektive Faktoren in politischen Kräfteverhältnissen wenig gesagt. Auch wenn die Klimawandelleugnung der Rechten wissenschaftlich gesehen irrational ist, so kann sie für Gegner*innen eines Green Deal durchaus zur politischen Denkfigur werden. Denn wozu sollten klimapolitische Maßnahmen gut sein, wenn es gar keinen menschengemachten Klimawandel gäbe? Die verschwörungsideologische Antwort lautet: zum Aufbau einer Ökodiktatur. Sicherlich ist diese Verschwörungsideologie nur der Gipfel des Problems und zu unterscheiden von Positionen, die einen Green Deal lediglich für überflüssig oder zumindest für überzogen halten. Alle drei Varianten, Klimapolitik als Vorwand für das Ziel einer Diktatur zu verstehen oder sie für unnötig bzw. übertrieben zu halten, haben aber, wie in diesem Abschnitt gezeigt werden soll, einen kleinsten gemeinsamen Nenner: Umweltpolitische Maßnahmen eines Green Deal werden als Angriff auf individuelle Freiheit (»Konsumismus«) und wirtschaftliches Wachstum – und somit als Weg zur Ökodiktatur – abgelehnt.

An der Spitze des Eisberges befinden sich die reinen Verschwörungsideologien. Hierzu gehören Bücher wie Michael Grandts *Kommt die Klima-Diktatur? Eine faktenreiche Analyse des grünen Klimawahns*, das 2019 im rechts-esoterischen Kopp-Verlag erschien. Auch Günther Vogl, seit 2018 für die AfD im Stadtrat von Altötting, leugnet den Klimawandel in *Die erfundene Katastrophe – Ohne CO₂ in die Ökodiktatur*. Vera Lengsfeld (Ex-Mitglied der SED, Ex-Mitglied der Grünen, bis 2005 für die CDU im Bundestag und in den 2010ern eine Parteigängerin der Neuen Rechten) versteht unter Ökodiktatur ebenfalls eine Verschwörung. 2019 fragt sie: »Kommt mit den Grünen die neue Ökodiktatur?«⁵ Angela Merkel wird die Rolle der Steigbügelhalterin zugeschrieben:

»Kanzlerin Merkel lässt sich seit Jahren vom Klimaexperten Schellnhuber beraten, der sich schon lange einen wohlmeinenden Ökodiktator wünscht. Nun soll er in Gestalt von Robert Habeck endlich kommen. Noch können wir, anders als in China, durch unsere Wahl die Ankunft eines Ökodiktators verhindern!« (Lengsfeld 2019).

Hier steht vor allem die Dringlichkeit im Mittelpunkt, da die Zeit knapp werden würde, um eine Ökodiktatur noch zu verhindern.

Über einzelne Verschwörungsideolog*innen wie Grandt, Lengsfeld und Vogel hinaus finden wir die Dystopie der Ökodiktatur auch in offiziellen Verlautbarungen der AfD. Zwar wird hier nicht immer die Existenz des Klimawandels geleugnet, der Fokus ist aber sehr ähnlich, wenn es um die Beschwörung einer dystopischen Zukunft in der Ökodiktatur geht. In der Dresdener Erklärung der umweltpolitischen Sprecher*innen der AfD von 2019 heißt es dazu:

»Große Transformation« – Der Große Sprung in die Ökodiktatur! Aufgrund des WBGU-Gutachtens von 2011 versuchen die Altparteien den sogenannten Klimaschutz als alternativloses Staatsziel in Deutschland dauerhaft festzuschreiben. [...] Den damit verbundenen Umbau unserer freiheitlichen Gesellschaft in eine Ökodiktatur lehnen wir ab.«⁶

Die zeitlichen Dimensionen der Argumentationsmuster gleichen sich: Die Vergangenheit wird unter die Kategorie der »freiheitlichen Gesellschaft« subsumiert, die Gegenwart stelle einen entscheidenden Moment der Auseinandersetzung dar, für die Zukunft drohe die Ökodiktatur.

5 »Kommt mit den Grünen die neue Ökodiktatur?« (21.6.2019), <https://www.theuropean.de>.

6 »Dresdener Erklärung« (14.7.2019), <https://www.afdbundestag.de>.

Dabei wird das Diktatorische nicht begrifflich unterfüttert. Karl Popper unterschied Demokratien von Diktaturen als Regime, »in denen es möglich ist, die Regierung ohne Blutvergießen durch eine Abstimmung loszuwerden, und solche, in denen das nicht möglich ist« (Popper 1987). Die Ausschaltung demokratischer Verfahren wird heute von denen, die vor einer Ökodiktatur warnen, allerhöchstens suggeriert. Mehr als ein demokratiethoretischer Diktaturbegriff scheinen (neo)liberale Vorstellungen zentral zu sein, die scharf trennen zwischen legitimer Staatlichkeit und Eingriffen ins Private. Letztere werden dann, vor allem in Wahlkämpfen, mit dem Vorwurf der Ökodiktatur belegt. Jörg Urban von der AfD Sachsen schrieb 2019: »Mit Grünen und CDU in die Öko-Diktatur? Die Grünen im Bundestag wollen Ölheizungen verbieten, Flüge deutlich teurer machen und ab 2030 den Verbrennungsmotor verbieten«. ⁷ Regularien zu Ölheizungen, Flugpreisen und Verbrennungsmotoren sind sicherlich politische Eingriffe. Die Behauptung, es handele sich um diktatorische Maßnahmen, ist aber aus vier Gründen unhaltbar: Erstens erfolgen diese mittels parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren. Zweitens stehen diese auch nicht im Widerspruch zu verfassungsmäßigen liberalen Grundrechten, denn es gibt zwar Rechte auf Freizügigkeit, Eigentum und Meinungsfreiheit, nicht aber auf Ölheizungen, billige Flugreisen und altmodische Verbrennungsmotoren. Drittens ist das Argument, hier werde in die Privatsphäre freier Bürger*innen eingegriffen, fragwürdig, wenn individueller Konsum in den Industrieländern global zu gravierenden Folgen für die Lebensbedingungen von Menschen führt. Viertens wird auch die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland nicht verletzt, denn dort heißt es ja: »Der Staat schützt auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen und die Tiere im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung durch die Gesetzgebung und nach Maßgabe von Gesetz und Recht durch die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung« (Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 20a).

Falsch wäre es also, wie schon die bisherigen Beispiele zeigen, den Ökodiktaturbegriff im Umkreis der AfD zu wörtlich zu nehmen. Es geht der AfD nicht um begriffliche Klärung, sondern um politische Mobilisierung mit einem wirkmächtigen Zukunftsbild. Der *taz*-Journalist Bernhard Pötter bringt es folgendermaßen auf den Punkt: »Eine Ökodiktatur wird weder erklärt noch verteidigt, sondern vor allem als Kampfbegriff gegen Maßnahmen im Umweltbereich herbeigeredet« (Pötter 2010: 27). AfDler*innen verwenden das Schreckbild Ökodiktatur als Vehikel politischer Zuspitzung. So resümiert

7 »Mit CDU und Grünen in die Ökodiktatur?« (9.9.2019), <https://www.blaue-landespost.de>.

die AfD Thüringen ein Scheitern der Bürger*innenbewegung von 1989: »Sie wollten die Freiheit und bekamen Altersarmut, Bildungsexperimente und eine Öko-Diktatur.«⁸

Sind die offenen Verschwörungsideologien über Diktaturgelüste der Grünen die Spitze des Eisberges, so gehört die Verwendung des Ökodiktaturbegriffs bei der AfD zu dessen Kiel. Aber wie es mit Eisbergen so ist, bleibt ihre Ausdehnung schwer einzuschätzen. Keineswegs beschränkt sich das Geraune von der Ökodiktatur auf die bisher behandelten Verschwörungsideolog*innen oder AfD-Umweltpolitiker*innen und AfD-Wahlkämpfer*innen. Im *Focus* unterstellt der Kolumnist Jan Fleischhauer der Fridays-for-Future-Bewegung eine ökodiktatorische Tendenz: »Wer davon überzeugt ist, dass der Welt nur noch wenige Monate bis zum Tag des Jüngsten Gerichts bleiben, muss den Politikern das Mandat entziehen.«⁹ Die Sprache der Apokalypse ist nicht die einzige, die hier Anwendung findet. Einerseits wird den Bewegungen für Klimagerechtigkeit gegenüber eingeräumt: »Parlamentarismus ist zu langsam, um die Klimakehrtwende einzuleiten« (ebd.). Andererseits soll so eine Entscheidung provoziert werden: Parlamentarische Demokratie oder Klimaschutz? Um aber sicherzugehen, dass die Lesenden verstehen, welche dieser angeblichen Alternativen zu wählen sei, wird Klimapolitik polemisch mit historischen Diktaturen gleichgesetzt: »Hans Joachim Schellnhuber, Direktor emeritus des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, spricht von einer ›großen Transformation‹, ein Begriff, der nicht von ungefähr an den ›großen Sprung‹ von Mao Tsetung erinnert« (ebd.). Interessant ist, z.B. bei den Verweisen auf China, der Versuch, das Feld der Klimapolitik keineswegs von rechts zu besetzen, sondern der politischen Linken zuzuschreiben.

Der AfD-Parteivorsitzende Jörg Meuthen warnt die CDU vor einer »christdemokratischen Anbiederung an grünsozialistische Klimaideologen aus rein machtpolitischer Motivation«.¹⁰ Der Terminus »grünsozialistisch« deutet an, dass es nicht nur um die Ablehnung einer grünen Klimapolitik geht, sondern diese als ein sozialistisches Projekt gebrandmarkt werden soll. Debatten um und Entwürfe für einen Green Deal werden mit Vorliebe als Anlass genommen, um Ökosozialismus, realen oder vermeintlichen, und Ökodiktatur gleichzusetzen. So warnt Sylvia Limmer vor dem Totalitarismus des EU-Green-Deal: »Ob Bildungssektor, Fortbewegung, Wohnen oder Ernährung:

8 »Der Osten steht auf – Vollende die Wende!« (2019), <https://www.afd-thueringen.de>.

9 »Ende der Demokratie? Flirt mit der Öko-Diktatur ist die dunkle Seite der Klima-Debatte« (15.8.2019), <https://www.focus.de>.

10 »Green Deal für Europa: Weiter links ist nur noch der Abgrund« (11.12.2019), <https://afdkompakt.de>.

Die Kommission plant verpflichtende Vorschriften in jedwedem Bereich.«¹¹ Vorschriften werden von ihr mit Sozialismus gleichgesetzt, Freiheit mit persönlicher Präferenz, zum Beispiel für Automobilität, Einfamilienhäuser und Fleischkonsum. Über die Thematisierung von Einschränkungen im privaten Konsum hinaus behauptet Alice Weidel in einem Kommentar auf *facebook* am 11. November 2019 zum Green Deal, dieser bedeute »Ausverkauf unsere Industrie, unserer Arbeitsplätze, unseres Humankapitals, unserer Innovationskraft und somit unserer Zukunftsfähigkeit«.¹² Wird also von Limmer der Schwerpunkt auf den eigenen Konsum gelegt, der trotz globaler Konsequenzen Privatsache sei, so wird von Weidel im Umkehrschluss das Privateigentum an Produktionsmitteln völkisch ideologisiert: »Unsere Industrie, unsere Arbeitsplätze« – so als ob die Verfügung über Industrie und Arbeitsplätze nicht bei Aktionär*innen und Management liegen würde. Zugleich wird, als Sinnstiftung für die eigene Klientel, ein Gegensatz von ideologiefreier neoliberaler Deregulierung zu ideologischer Klimapolitik konstruiert.

Äußerungen zum Green Deal bilden ein diskursives Feld, in dem sich die Gleichsetzung von Klimapolitik und Ökodiktatur aktuell besonders stark herauskristallisiert. In einem Antrag der AfD-Bundestagsfraktion vom 15. September 2020 zeigt sich dies sehr deutlich. Hier wird bestritten, dass es einen menschengemachten Klimawandel gibt: »Es gibt keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluss auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen.«¹³ Aus diesem Grunde gebe es auch keinen Anlass für eine Klimapolitik im Rahmen eines Green Deal. Die AfD fordert, »aus dem sogenannten ›Green Deal‹ der Europäischen Union (EU) auszusteigen«, denn dieser stelle »eine enorme Gefahr für Wohlstand, Freiheit und die Versorgungssicherheit Deutschlands dar«. Stattdessen werden vermeintliche Klima-Schäden durch die Nutzung von Sonnen- und Windenergie angeführt, ein Festhalten an Kohleverstromung und Atomkraft gefordert. Im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie äußerte Jörg Meuthen schon im April 2020: »Wirtschaft wird Corona-Krise nur ohne den Green Deal der EU überleben.«¹⁴

Ein Tod der deutschen Wirtschaft, mit der Überlebensfrage impliziert, beschwört eine weitere Dystopie. Aber auch im Hinblick auf die EU sieht

11 »Der ›Green Deal‹ ist ein massiver Angriff auf die freie Gesellschaft!« (13.12.2019), <https://www.afd.de>.

12 Facebook-Post von Alice Weidel (10.12.2019), <https://www.facebook.com/aliceweidel/posts/2934193693258513E>.

13 »BT-Drucksache 19/22548« (15.9.2020), <https://dip21.bundestag.de/>.

14 »Wirtschaft wird Corona-Krise nur ohne den Green Deal der EU überleben« (27.4.2020), <https://www.afd.de>.

Meuthen eine drohende Ökodiktatur am Horizont: »Die gesamte EU nutzt die Klimahysterie, um sich noch mehr Kompetenzen zuzuschancen und so den Weltklimapolizisten spielen zu können« (ebd.). Die Welt-Ökodiktatur ziehe auf. Wo Meuthen überhaupt auf ökologische Fragen eingeht, sind die Antworten rassistisch aufgeladen. Kritisiert wird das »Wachstum der Erdbevölkerung, das sich katastrophal auf Ökosysteme, globalen Flächenverbrauch und die Meeresnutzung auswirkt« (ebd.). Da ein solches Bevölkerungswachstum im globalen Norden weniger stattfindet, kann hier nur der globale Süden gemeint sein, wobei freilich übersehen wird, dass es die Menschen in den Industrieländern sind, die durch ihre Lebensweise die ökologische Verwüstung mitbedingen. Der Green Deal wird für die AfD zum Regenschirm-Thema, unter das alles zu passen scheint. Neoliberale Deregulierung wird für ideologiefreie Politik gegen die Klimapolitik gehalten, rassistische Ressentiments hinsichtlich einer vermeintlichen Bevölkerungsexplosion im globalen Süden prägen das Bild, anti-feministische Positionen werden in die Agitation gegen den Green Deal eingeflochten. Nicolaus Fest, AfD-Mitglied des Europäischen Parlaments, redet auf YouTube über »eine Anhörung zum Thema Ökofeminismus, der weibliche Kampf gegen den Abbau der Bodenschätze. [...] Tatsächlich ging es um die allgemeine Ausbeutung von Frauen, auch in der Bekleidungsindustrie. [...] Aber statt sich über westliche Firmen zu erregen, sollten diese Menschen vielleicht lieber die politischen Bedingungen in ihren Ländern ändern« (ab 1:35).¹⁵ Bevor Fest den Green Deal der EU als »Voodoo« bezeichnet, führt er weiter aus: Nicht westliche Firmen und patriarchale Tradition verursachen Ausbeutung von Natur und Frauen, sondern die Unfähigkeit des globalen Südens, sich Arbeitsschutzgesetze zu geben. Neoliberalismus und Chauvinismus stehen im Diskurskampf der AfD gegen Ökosozialismus und Ökofeminismus, die angeblich die Dystopie der Ökodiktatur verwirklichen würden. Für welche sozialen Gruppen und Mili-
eu ist dieses Sinnstiftungsangebot attraktiv?

3. Die Verteidigung der imperialen Lebensweise

Ausgehend von Max Horkheimer müssen »Ideologie und Utopie« als »Haltungen gesellschaftlicher Gruppen« aus »der gesamtgesellschaftlichen Wirklichkeit« erklärt werden. Maßgeblich für Horkheimer sind Utopien dabei als eine Form kritischer Negation (vgl. Neupert-Doppler 2015). Karl Mannheim unterschied beide Denkweisen klar: »Sie sind ideologisch, wenn sie der Ab-

15 »Green Deal? Blue Deal! Ursula von der Leyens wahres Programm« (15.12.2019), <https://www.youtube.com/watch?v=OhlycQfTjds>, ab Minute 1:35.

sicht dienen, die bestehende soziale Wirklichkeit zu verklären oder zu stabilisieren, utopisch, wenn sie kollektive Aktivität hervorrufen, die die Wirklichkeit so zu ändern versucht, daß sie mit ihren die Realität übersteigenden Zielen übereinstimmt« (Mannheim 1935/1986: 115f.). Utopien sind eine Motivation zum Handeln. Wie aber verhält es sich mit den hier verhandelten Dystopien, auf die Horkheimer und Mannheim nicht direkt eingehen? Diese können sowohl verändernden als auch stabilisierenden Charakter haben. Thematisieren Bewegungen für Klimagerechtigkeit die Heißzeit als konkrete Dystopie, so ist damit der Aufruf zu politischer Veränderung verbunden, die auf die konkrete Utopie einer Postwachstumsgesellschaft verweisen soll. Wird diesen Bewegungen im Umfeld der AfD die Ökodiktatur als Gegen-Dystopie entgegengesetzt, so dient dieses Schreckbild zur ideologischen Stabilisierung des Status quo. Die nicht nur gegen-utopische, sondern anti-utopische Pointe der rechten Klimawandelleugnung ist laut Raul Zelik die Idee, »es könnte weitergehen wie bisher«. Welche Gruppen könnten es sein, die die AfD gegen einen Green Deal mobilisieren will?

Bereits 2013, im Gründungsjahr der AfD, buchstabierte der Soziologe Andreas Kemper aus, welche Gruppen und welche Haltungen sich in dieser Partei versammelten. Das »A« in AfD steht bei ihm zufolge für den Adel bzw. für Initiativen seit den späten 1990ern um Beatrix von Storch, welche die »Rückgabe der enteigneten Adelsgüter durch die Sowjetunion einforderte« (Kemper 2013: 24). »F« steht für Familienunternehmer*innen, also eine Kapitalfraktion unterhalb der großen Konzerne. Akteure wie die Stiftung Familienunternehmen förderten die AfD früh (ebd.: 15). »D« steht für Durchschnittsverdienende, die sich in Umfragen, etwa zur Wirkung Thilo Sarrazins oder auch zum Wähler*innenpotenzial der AfD, als affiner für sozialrassistische Thesen zeigten (ebd.: 14). Inhaltliche Positionen, gerade bei einer so vielfältigen Partei wie der AfD, können freilich nicht aus sozialen Lagen unmittelbar abgeleitet werden. Kemper greift aber Ernst Blochs Begriff der Ungleichzeitigkeit auf. Dieser »erklärte in den 1930er Jahren die Popularität des Nationalsozialismus im mittelständischen Milieu mit deren Ungleichzeitigkeiten« (ebd.: 9). Auf der Höhe der Zeit wären schon zu Blochs Zeiten das städtische Großbürgertum und das industrielle Proletariat gewesen. Ungleichzeitig, also von veralteten Traditionen und Lebensweisen geprägt, waren hingegen Bäuer*innen, Handwerker*innen, Kleinbürger*innen und Angestellte, die die fortschreitende Modernisierung verunsicherte. Kemper ruft daher dazu auf, »Ernst Blochs ›Erbschaft dieser Zeit‹ zu lesen, um die Ungleichzeitigkeit der AfD zu verstehen« (ebd.: 16). Damit sind zum einen die Klassen- oder Milieulagen von Adelligen und Familienunternehmer*innen gemeint, die zweifellos in bürgerlicher Gesellschaft und globalisiertem Kapitalismus Momente von

Ungleichzeitigkeit aufweisen. Darüber hinaus lässt sich diese aber auch an den Inhalten der AfD aufzeigen.

Bezüglich der Haltungen, die von Anfang an die AfD prägten und bis heute prägen, steht das »A« für Angst als ein grundlegendes Motiv. Die Angst vor Veränderung, durch Globalisierung, Migration, sich verändernde Arbeitsverhältnisse und Geschlechterrollen, ist hier maßgeblich. Kemper zitiert in diesem Zusammenhang aus einer Studie Wilhelm Heitmeyers: »Wir können belegen, dass die Mittelschicht seit Einführung von Hartz IV massiv Angst hat« (zit. n. ebd.: 14). Dabei sind es nicht die Betroffenen, die sozialrassistisch reagieren, sondern diejenigen, die etwas zu verlieren haben und Abstiegsängste hegen. Das »F« steht in diesem Kontext für die Ideologie des Familismus (vgl. ebd.: 72), die gegen die Emanzipation von Frauen und Homosexuellen an einem veralteten, eben ungleichzeitigen Rollenbild festzuhalten versucht. Das »D« steht bei Kemper für den neoliberalen Kern der AfD-Inhalte, nämlich die Deregulierung des Arbeitsmarktes (vgl. ebd.: 80), die völkischen Tendenzen zum Trotz bis heute programmatisch ist und den Interessen von Familienunternehmen entsprechen kann, gerade auch was die Abwehr von Kosten für den Klimaschutz angeht.

Das von Kemper entfaltete Tableau von Gruppen (Adel, Familienunternehmer*innen, Durchschnittsverdienende) und Haltungen (Angst, Familismus, Deregulierung) lässt sich auch auf die Ablehnung von Klimapolitik durch die AfD und ihre dystopische Mobilisierung übertragen. Die Angst vor der Ökodiktatur als Angst derjenigen – etwa Autofahrer*innen –, die Verbote fürchten, ist hier ein Beispiel. Auch der Familismus, der sich in Wendungen gegen den Ökofeminismus und im Sexismus gegenüber Klima-Aktivist*innen Bahn bricht, ist aktuell. Die Sorge von Durchschnittsverdienenden und von Befürworter*innen von Deregulierungen richtet sich gegen Green Deals, die eine Einschränkung der eigenen Konsumgewohnheiten und eine stärkere Regulierung der Unternehmen fürchten. Es gibt also Gruppen, deren Haltungen und zum Teil auch Interessen durch das Schreckbild der Ökodiktatur, die immer auch als Ökosozialismus verstanden wird, angesprochen werden.

Sebastian Friedrich kommt 2019 zu ähnlichen Einschätzungen. Er sieht innerhalb der Partei die schon von Kemper beschriebenen adligen Netzwerke in der nationalkonservativen Strömung (Friedrich 2019: 104), während er Menschen aus dem Bereich der Familienunternehmen der nationalliberalen Strömung zuordnet (ebd.: 105). Allerdings käme es hier seit den Jahren 2014/2015 zu deutlichen Zerwürfnissen (ebd.: 106). Lutz Goebel, Präsident des Familienunternehmerverbandes, riet 2016 von einer Wahl der AfD ab (ebd.: 107). Wichtiger geworden ist im Laufe der Zeit »Der Flügel« als, inzwischen

offiziell aufgelöste, völkische Strömung innerhalb der AfD, die laut Alexander Gauland 40 Prozent der Partei ausmache (ebd.: 8).

Auf Seiten der Wähler*innen und Unterstützer*innen ist entscheidend, dass hier Abstiegsangst und Wettbewerbsideologie offenbar zusammengehen können. So argumentieren Andreas Zick und Anna Klein: »Bei Personen, die mit den Argumenten der AfD sympathisieren [...], sind marktförmiger Extremismus und Bedrohungsgefühle besonders stark vertreten« (zit. n. ebd.: 44). Zur Abstiegsangst passt weiterhin der Familismus und Antifeminismus (ebd.: 56ff.) als eine Ideologie, die vermeintliche Geborgenheit und klassische Rollenbilder verspricht. Veränderungen konstatiert Friedrich allerdings bei der Frage der durchschnittlichen AfD-Wähler*innen. Für die Landtagswahlen 2014 galt noch: »Männlich, unter 45 Jahre, (Fach-)Arbeiter oder selbständig und sich der Mittelschicht zugehörig fühlend« (ebd.: 125). Dies passt zu Kempers Diagnose von der Partei der Durchschnittsverdienenden, vom Extremismus der Mitte. Hier hat sich etwas verändert: »Seit 2016 schneidet die AfD überdurchschnittlich bei ›Arbeitern‹ ab« (ebd.: 129). Bei den Bundestagswahlen 2017 erzielte sie hier, ebenso wie bei Erwerbslosen, 21 Prozent. Über Kleinbürgertum, Selbstständige und Familienunternehmen hinaus hat die Partei also tatsächlich ein neues Klientel hinzugewonnen, was zu Spannungen zwischen wirtschaftsliberalen und völkischen Inhalten führen könnte: »Die AfD wird weder nur von Deklassierten und der Arbeiterklasse noch ausschließlich von mittleren und oberen Klassen gewählt. Auch sind weder Rassismus, noch Antifeminismus noch Abstiegsängste alleinige Motivation« (ebd.: 125).

Sicherlich kann Abstiegsangst bei verschiedenen Klassenlagen empfunden werden, aber Rassismus und Antifeminismus müssen alle AfD-Wähler*innen zumindest auch mittragen. Was das Kairós-Bewusstsein des rassistischen Flügels angeht, also den Glauben an einen günstigen Zeitpunkt für Entscheidungen, so verweist Friedrich auf das Jahr 2015: »Um das Comeback der AfD 2015 zu verstehen, hilft ein Begriff weiter: das Gelegenheitsfenster. Die politische Debatte um Asyl und Geflüchtete war für die AfD eine nahezu maßgeschneiderte Gelegenheit« (ebd.: 69). Dazu ist freilich auch zu sagen, dass eine Situation für verschiedene Kräfte Gelegenheit sein kann und sich als Kairós für die Seite erweist, die beherzt zugreift (Neupert-Doppler 2019). Insofern hat die Linke 2015 wohl auch einen Kairós verpasst: »Trotz der großen Willkommensbewegungen wurden keine politischen Konzepte zur Öffnung und kontinuierlichen Aufnahme von Geflüchteten diskutiert« (Friedrich 2019: 156). Nun gibt es Rassismus in verschiedensten Klassenlagen, und die AfD war in der Lage, diesen ab 2015 politisch so offensiv zu mobilisieren, dass sie 2017 in den Bundestag einzog. In eine gewisse Defensive brachte sie die zunehmende Wahrnehmung der Klimafrage ab 2018. Lösungen für die Klimakrise zu fin-

den, also einen Weg sozial-ökologischer Transformation, ist eine Frage der Politisierung von Zukunft, die auf Gestaltbarkeit abhebt. Gemeinsame Klammer der AfD-Basis, ob diese nun durch Ängste, Familismus oder Rassismus motiviert ist, ist hingegen ihre anti-utopische Ausrichtung, eine tiefe Skepsis gegen Veränderungen jeglicher Art. »Sie wollen tendenziell in einer Gesellschaft wie in den 1950er Jahren leben, als der Schwulenparagraph noch galt, Frauen überwiegend Hausfrauen waren und Migrant*innen als Gäste gesehen wurden« (ebd.: 158). Zu ergänzen wäre hier noch: In den 1950er Jahren, als die Arbeiter*innenbewegung noch Reformen durchsetzen konnte, aber auch: Als sich noch kaum jemand Gedanken um die Grenzen des Wachstums und Klimapolitik machte.

Ein interessanter Unterschied liegt in der Art und Weise der Positionierungen dazu. Während die Neue Rechte der Frauen-, Lesben- und Schwulenbewegung unterstellt, sie wolle traditionelle Lebensweisen zerstören, so wird der Umweltbewegung zugetraut, sie würde eine mächtige sozialistische Ökodiktatur errichten. Dennis Eversberg erkennt im Anti-Ökologismus der Rechten, der sich in der Dystopie von der Ökodiktatur ausdrückt, auch einen verkehrten Wunschtraum: »Von ihrem ›Platz an der Sonne‹ der imperialen Lebensweise aus verstärkt sich der hierzulande seit der Nachkriegszeit ohnehin tief in den Mentalitäten verankerte Wunsch nach Kontinuität und Stabilität« (Eversberg 2017: 9; vgl. auch Eversberg 2018). Die »imperiale Lebensweise« umfasst dabei mehr als die ökonomischen Ungleichheiten zwischen dem globalen Norden und dem globalen Süden. Denn wenn die imperiale Lebensweise »in vielen Teilen der Welt verschärfend auf Krisenphänomene wie den Klimawandel, die Vernichtung der Ökosysteme, die soziale Polarisierung, die Verarmung vieler Menschen, die Zerstörung lokaler Ökonomien oder die geopolitischen Spannungen« (ebd.: 13) wirkt, so setzt ihre Verteidigung die Ausblendung dieser globalen Problemlagen voraus. Eine Rückkehr zur nationalen Kohleverstromung und Atomkraftnutzung ist nur denkbar, wenn zugleich die Probleme von Klimaerhitzung und Atommüll ignoriert werden. Der praktischen Externalisierung solcher Faktoren, wie sie für kapitalistische Infrastrukturen und konsumistisches Alltagsverhalten grundlegend ist, entspricht die geistige Externalisierung: Werden entstehende Umweltschäden verleugnet, so kann hinter der als überflüssig angesehenen Umweltpolitik nur die drohende Ökodiktatur als Verschwörung lauern.

Wenn sich also Jörg Urban von der AfD Sachsen vor dem Verbot von Ölheizungen und Verbrennungsmotoren sowie der Verteuerung von Flügen fürchtet und die AfD-Bundestagsabgeordnete Sylvia Limmer vor nachhaltigen Veränderungen im Bildungs- und Verkehrswesen, beim Wohnen und der Ernährung warnt, so sprechen sie tatsächlich auf verkehrte Weise eine

Wahrheit aus: Was sie als drohende Maßnahmen einer Ökodiktatur imaginieren, wären durchaus Bestandteile einer sozial-ökologischen Transformation. Wenn nun Gruppen in dieser Gesellschaft so sehr an Automobilität und Flugreisen, an unbedachten Wegwerf- und Fleischkonsum gewöhnt sind, dass sie sich jegliche Einschränkung nur als Diktatur vorstellen können, so ist diesem Bewusstsein zuzugestehen, dass es folgerichtig ist. Eine ökologische Veränderung ihrer Lebensweise stellt für sie tatsächlich die eine Dystopie dar, der sie entgehen wollen. Den Green Deal als dystopische Ökodiktatur auszumalen, gilt es allemal zu kritisieren. Angesichts globaler Probleme und angesichts von Nachhaltigkeit mit Verfassungsrang kann die Umweltpolitik gewählter Regierungen der Sache nach nicht als ökologische Diktatur angesehen werden. Selbstverständlich ist nicht zu erwarten, dass im Umfeld der AfD die Rede von der Ökodiktatur aufgegeben wird, nur weil sie demokratietheoretisch unhaltbar ist. Solange es Menschen anspricht, werden die Anti-Ökolog*innen vor einer Ökodiktatur warnen. Dies zugestanden, wäre es vor diesem Hintergrund allerdings die Aufgabe der politischen Kräfte, die an einem Green Deal – und perspektivisch sogar an Klimagerechtigkeit und einer Postwachstumsgesellschaft – interessiert sind, diese Ebene der Auseinandersetzung um Utopien und Dystopien ernst zu nehmen. Der Nationalsozialismus konnte seine Gegen-»Utopie« der Volksgemeinschaft, die in der AfD (noch) nicht vorherrschend ist, in den 1930ern auch deshalb durchsetzen, so Bloch, »weil eine allzu abstrakte [...] Linke die Massenphantasie unterernährt hat« (1935/1985: 149). Um die Suggestivkraft der dystopischen Warnung vor dem Green Deal als Ökodiktatur zu schwächen, müssen auch die utopischen Versprechen von Green Deal, Klimagerechtigkeit und Ökosozialismus herausgearbeitet und beleuchtet werden.

Literatur

- AfD Bundestagsfraktion (2020): Statt Klimaschutz Wohlstand und Umweltschutz ermöglichen – Engagement für den Green Deal der Europäischen Union und für damit verbundene Kampagnen beenden (Antrag). URL: <https://dip21.bundestag.de>, Zugriff: 12.11.2020.
- AfD (2019): Dresdener Erklärung der umweltpolitischen Sprecher der AfD. URL: <https://www.afdbundestag.de>, Zugriff: 12.11.2020.
- AfD Thüringen (2019): Der Osten steht auf – Vollende die Wende! URL: <https://www.afd-thueringen.de/>, Zugriff: 12.11.2020.
- Baer, Hans A. (2018): Democratic Eco-Socialism as a real utopia – Transitioning to an alternative word-system. New York.
- Bloch, Ernst (1935): Erbschaft dieser Zeit. Frankfurt/M. 1985.
- Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München.
- Demirović, Alex (2019): Konkrete Dystopie – Warum wir dem Kapitalverhältnis die Zukunft entreißen müssen. URL: <https://www.zeitschrift-luxemburg.de/>, Zugriff: 12.11.2020.

- Eversberg, Dennis (2017): Der autoritäre Nationalismus der AfD und die imperiale Lebensweise. URL: <http://www.kollegpostwachstum.de/>, Zugriff: 12.11.2020.
- (2018): Innerimperiale Kämpfe. Drei Thesen zum Verhältnis zwischen autoritärem Nationalismus und imperialer Lebensweise. In: PROKLA 190 48(1): 43-54. DOI: <https://doi.org/10.32387/prokla.v48i190.31>.
- Friedrich, Sebastian (2019): Die AfD – Analyse, Hintergründe, Kontroversen. Berlin.
- Grandt, Michael (2019): Kommt die Klima-Diktatur? Eine faktenreiche Analyse des grünen Klimawahns. Rottenburg.
- Harlander, Wolf (2020): 42 Grad. Hamburg.
- Horkheimer, Max (1930): Anfänge der bürgerlichen Geschichtsphilosophie. Frankfurt/M. 1971.
- Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion – Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V. Münster.
- Kern, Bruno (2019): Das Märchen vom grünen Wachstum – Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft. Zürich.
- Limmer, Sylvia (2019): Der ›Green Deal‹ ist ein massiver Angriff auf die freie Gesellschaft! URL: <https://www.afd.de/>, Zugriff: 12.11.2020.
- Löwy, Michael (2016): Ökosozialismus – Die radikale Alternative zur ökologischen und kapitalistischen Katastrophe. Hamburg.
- Lunde, Maja (2019): Die Geschichte des Wassers. München.
- Mannheim, Karl (1935): Utopie. In: Neusüss, Arnheim (Hg.): Utopie. Frankfurt/M./New York 1986.
- (1929): Ideologie und Utopie. Frankfurt/M. 1995.
- Meuthen, Jörg (2020): Wirtschaft wird Corona-Krise nur ohne den Green Deal der EU überleben. URL: <https://www.afd.de/>, Zugriff: 12.11.2020.
- (2019): ›Green Deal‹ für Europa: Weiter links ist nur noch der Abgrund. URL: <https://afd-kompakt.de/>, Zugriff: 12.11.2020.
- Neupert-Doppler, Alexander (2019): Die Gelegenheit ergreifen – Eine Politische Philosophie des Kairós. Wien.
- (2015): Utopie – Vom Roman zur Denkfigur. Stuttgart.
- Pötter, Bernhard (2010): Ausweg Öko-Diktatur? Wie unsere Demokratie an der Umweltkrise scheitert. München.
- Popper, Karl (1987): Zur Theorie der Demokratie. URL <https://www.spiegel.de/>, Zugriff: 15.6.2020.
- Rotermundt, Rainer (1980): Verkehrte Utopien – Nationalsozialismus – Neonazismus – Neue Barbarei. Frankfurt/M.
- Speich, Andreas (2015): Heißezeit. Wien.
- Stache, Christian (2017): Kapitalismus und Naturzerstörung – Zur kritischen Theorie des gesellschaftlichen Naturverhältnisses. Leverkusen.
- Urban, Jörg (2019): Mit CDU und Grünen in die Öko-Diktatur? URL: <https://www.blaue-landespost.de/>, Zugriff: 12.1.2020.
- Vogl, Günther (2016): Die erfundene Katastrophe – Ohne CO₂ in die Ökodiktatur. Tönisvorst.
- Zelik, Raul (2020): Wir Untoten des Kapitals – Über politische Monster und einen grünen Sozialismus. Frankfurt/M.